



Antwort zur Anfrage Nr. 0189/2024 der Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend **Auswirkungen des „Klimanotstandes,, auf die Mainzer Wirtschaftspolitik – Gegenwärtiger Sachstand (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

1. Welche Auswirkungen haben die Ausrufung des „Klimanotstandes“ von 2019 sowie die aufgrund des Stadtratsbeschlusses vom 10.02.2021 geschärften klimapolitischen Ziele auf wirtschaftspolitische Planungen und Entscheidungen der Verwaltung bis zum jetzigen Zeitpunkt gehabt?

In der Abteilung Wirtschafts- und Strukturförderung des Amtes für Wirtschaft und Liegenschaften konnte eine neue Stelle „Sachbearbeitung für Nachhaltigkeit und Klimaschutz“ geschaffen werden. Die Stelle wurde im August 2023 besetzt.

Zudem ist Klimaschutz eine Querschnittsaufgabe und wird auch in anderen Bereichen berücksichtigt. Bei Ansiedlungsanfragen werden ökologische Auswirkungen auf den Standort beachtet sowie die digitale Transformation von Unternehmen gefördert, die durch technische Innovationen zu klimaneutraleren Geschäftspraktiken führen können.

2. Welche Auswirkungen werden diese Beschlüsse auf künftige wirtschaftspolitische Planungen und Entscheidungen der Verwaltung haben?

Selbstverständlich werden die Unternehmen weiterhin darin unterstützt, wettbewerbsfähig zu bleiben. Dazu passt die Abteilung Wirtschafts- und Strukturförderung im Amt für Wirtschaft und Liegenschaften ihr Angebot stets den Bedarfen der Unternehmen an.

Darüber wird auch die heimische Landwirtschaft unterstützt, um eine regionale und nachhaltige Versorgung der Bevölkerung anbieten zu können.

3. Welche Maßnahmen hat die Verwaltung bis jetzt unternommen, dass die Mainzer Wirtschaft ihren Beitrag zum Ziel, dass Mainz 2035 klimaneutral wird, leistet? Sind die in der Antwort auf die Anfrage Nr. 1760/2019 genannten Maßnahmen umgesetzt worden?

Die Stadt Mainz ist aktives Mitglied im Mainzer Nachhaltigkeitstreff, das 2023 auf Initiative der Mainzer Volksbank, der Verlagsgruppe Rhein-Main und des evangelischen Dekanats gegründet wurde. In regelmäßigen Treffen tauschen sich hier Unternehmen wie Schott, Werner & Mertz und anderen mit Institutionen wie der Evangelischen Kirche, ELAN e.V., der Universität und der Industrie- und Handelskammer zu Themen wie Nachhaltigkeitsreporting und Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz aus. Auch die Verwaltung wird hier mit einbezogen.

Die Abteilung Wirtschafts- und Strukturförderung im Amt für Wirtschaft und Liegenschaften berät Unternehmen hinsichtlich der diversen Fördermöglichkeiten und unterstützt durch viel-

fältige Programme im Gründungsbereich. Dadurch soll das Ziel grüner Gründungen aus dem Masterplan 100 % Klimaschutz vorangetrieben werden.

Auch besteht ein enger Austausch mit Vertreter:innen der Landwirtschaften zu diversen Herausforderungen in diesem Sektor.

Unabhängig vom Beschluss „Klimanotstand“ führt das Amt für nachhaltige Stadtentwicklung das Agenda-Büro seit dem Jahr 2000 kontinuierlich und mit großem Erfolg das Umwelt- und Klimaschutz-Projekt ÖKOPROFIT Mainz durch. Es handelt sich um ein bundesweites Projekt, bei dem Unternehmen beraten und geschult werden, wie Sie ihren Ressourcenverbrauch und ihre Energieeffizienz verbessern und einen Beitrag zum Klima- und Umweltschutz leisten können. Zahlreiche konkrete Maßnahmen wurden damit in diesen Jahren in Mainz umgesetzt, die zur Verbesserung der CO₂-Bilanz geführt haben. In Mainz haben bislang über 120 Unternehmen unterschiedlicher Branche und Größe daran teilgenommen. Derzeit sind 22 Unternehmen im ÖKOPROFIT-Klub engagiert. ÖKOPROFIT Mainz hat sich zu einem Netzwerk nachhaltigen Wirtschaftens etabliert. Aktive Kooperationspartner:innen sind die IHK, das Grün- und Umweltamt, die Gewerbeaufsicht der SGD-Süd und der Entsorgungsbetrieb (jetzt KAW AöR).

4. Wie wirken sich die klimapolitischen Ziele auf die Ausweitung und Ausweisung von Gewerbe- und Industriegebieten aus?

Die Stadt Mainz orientiert sich bei der Ausweitung und Neuausweisung von Gewerbegebieten an den Belangen der Nachhaltigkeit, Ressourcenschonung und Klimaschutz und verfolgt einen ganzheitlichen Ansatz. Die Anpassung an den Klimawandel erfolgt mit entsprechender Infrastruktur-, Gebäude- und Freiraumplanung.

In aktuell geplanten Gewerbegebieten werden explizit vertiefte klimatologische Untersuchungen vorgenommen. So wurden beim Wettbewerb „Biotechnologie-Standort Mainz“ Leitziele zur klimaoptimierten Ausgestaltung des Plangebietes als Grundlage formuliert - auf architektonischer Detailebene müssen dann Aspekte der Klimaanpassung berücksichtigt werden, z. B. klimaökologisch optimierte Baukörper, Erschließung und grünordnerische Gebietsausstattung.

Auch bei anderen Projekten werden Umweltgutachten angefertigt, in welchem Klimaaspekte besonders berücksichtigt werden. Diese fachgutachterliche Einschätzung entscheidet maßgeblich über die grundsätzliche Realisierbarkeit des Plangebietes.

Klimaschutz wird überdies in der Bauleitplanung („Checkliste Klimaschutz“) sowie in konkreten Bebauungsplänen kontinuierlich berücksichtigt.

- 5. In der Antwort Nr. 6 auf die Anfrage Nr. 1760/2019 werden Klimaschutzvorgaben noch als Standortnachteil gesehen. Beurteilt die Verwaltung die Klimaschutzvorgaben trotz veränderter politischer und rechtlicher Vorgaben vier Jahre später immer noch als Standortnachteil oder haben sich die Rahmenbedingungen und die Einschätzung der Stadtverwaltung seitdem verändert? (Bitte um Begründung der Antwort)**

Die Verwaltung hatte in ihrer Antwort darauf hingewiesen, „dass die Notwendigkeiten im Rahmen des Klimaschutzvorbehaltes auf Ansiedlungen in Mainz kurzfristig zunächst negative Auswirkungen haben werden. (...) Perspektivisch gesehen ist jedoch zu hoffen, dass aufgrund der Bedeutung und Dringlichkeit des Klimaschutzes entsprechende Richtlinien und Gesetze in Zukunft solche Wettbewerbsnachteile sowohl national als auch international ausgleichen werden“. Da dies auf EU-Ebene in den letzten Jahren erfolgt ist, hat sich diese Vorausschau erfüllt. Zudem erklärte die Stadtverwaltung, dass auch ein bereits bei der Produktion eingehaltener Klimaschutz ein wichtiges Marketingargument beim Verkauf von Produkten sei und zunehmend vom Konsumenten eingefordert werde. Durch die verschärften Richtlinien und Gesetze haben Unternehmen in Europa ein ureigenes Interesse, sich für den Klimaschutz einzusetzen, da sie sonst am Markt keine Finanzierung mehr erhalten. Die Verwaltung setzt sich dafür ein, dass Mainz auch weiterhin für zukünftige Generationen lebenswert ist, was nicht zuletzt für Unternehmen ein echter Standortvorteil ist.

- 6. Wie hat sich die Ansiedlungsstrategie nach dem Beschluss des „Klimanotstandes“ von 2019 und dem Stadtratsbeschluss von 2021 verändert? In der Antwort Nr. 7 auf die Anfrage von Bündnis 90/ Die Grünen wurde dargestellt, dass „die im Ansiedlungsbereich der Stadt Mainz tätigen Akteure, wie z.B. die GVG und die Wirtschaftsförderung/ Investorenleitstelle in entsprechenden Gesprächen“ seien. Welche Ergebnisse haben diese Gespräche gebracht?**

Das Thema Nachhaltigkeit sowie Green-Buildings gewinnt bei den Unternehmen immer mehr an Bedeutung. Mainz ist wirtschaftlich sehr breit und diversifiziert aufgestellt. Die bedeutenden Cluster in Mainz sind im Bereich Medien und Gesundheit, hier in der kompletten Bandbreite bis hin zur Biotechnologie und Bio-Pharmazie, zu finden. Auch im Bereich der produzierenden Unternehmen sind mit Schott, Werner & Mertz und Deublin herausragende Unternehmen vorhanden. Allerdings spielen auch die vielen kleinen und mittelständigen Betriebe aus Produktion, Handwerk und Baugewerbe, die sich durch eine hohe Standorttreue auszeichnen, eine große Rolle. Hier gilt es, für diese Unternehmen bei Erweiterungsabsichten möglichst kurzfristig Flächen bereit zu stellen.

Mit dem Wirtschaftspark ist man erstmals den Weg gegangen, auf Grundlage des Bebauungsplanes nur großflächige Cluster mit einer Primär-Erschließung herzustellen, um dann für Unternehmen passgenau Grundstücke zu schneiden um damit einer Flächenverschwendung entgegenzuwirken. Damit einher ging eine exakte Erschließungsplanung und die Vermeidung unnötiger Erschließungsflächen. Die Leitungstrassen wurden in breiten begleitenden Grünstreifen verlegt, um ein unnötiges Öffnen des Asphaltbelags zu vermeiden.

Ein größeres Cluster wurde aktuell mit einer flächensparenden Erschließung für kleinere, verbindbare Grundstücke versehen, um flexible und flächensparende Ansiedlungen zu ermöglichen. Im Rahmen der Ansiedlungsprüfung werden die Entwicklung des Gewerbebetriebes ebenso wie Angaben zur Nachhaltigkeit und zum Klimaschutz abgefragt. Bei der Ansiedlungsentscheidung werden zudem die Zahl der Arbeitsplätze in Relation zur Grundstücksfläche, die Grundstücksausnutzung sowie die Themen Nachhaltigkeit, Klimaschutz, Verkehrsaufkommen, die Bedeutung für den Wirtschaftsstandort, Synergie-Effekte und Zukunftsverträglichkeit berücksichtigt.

Darüber hinaus werden Brownfield-Entwicklungen, wie z. B. im Zweckverbandsgebiet Layenhof/Münchwald, wo immer möglich, genutzt.

7. Mit welchen Maßnahmen unterstützt die Verwaltung die Mainzer Wirtschaft in der Transformation zur Klimaneutralität?

Die unter 3. Beschriebenen Maßnahmen werden weiterhin angeboten und bei Bedarf ausgebaut. Die Beratungen von Unternehmer:innen und Gründer:innen hinsichtlich Förderprogrammen, Digitalisierung und Arbeitskräftegewinnung sind derzeit die Bereiche mit der größten Nachfrage. Außerdem besteht als Mitglied des Nachhaltigkeittreffs ein enger Austausch mit den Mainzer Unternehmen und den rheinland-pfälzischen Ministerien, um schnell und effizient auf Bedarfe reagieren zu können.

Mainz, 30. Januar 2024

gez.

Manuela Matz
Beigeordnete